

Merkblatt

Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt

Einstellungen erfolgen jährlich zum **1. März** und **1. September**.

Der **Antrag** auf Einstellung als Rechtsreferendarin bzw. als Rechtsreferendar ist **unter Verwendung des anliegenden Vordrucks** und unter Beifügung der darin angegebenen Unterlagen **schriftlich auf dem Postweg (nicht per E-Mail)** zu richten an:

Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts
Domplatz 10
06618 Naumburg.

Am Auswahlverfahren nehmen nur diejenigen Bewerberinnen und Bewerber teil, deren Bewerbungsunterlagen bis spätestens **6 Wochen vor dem jeweiligen Einstellungstermin** bei dem Oberlandesgericht Naumburg eingegangen sind. Es handelt sich hierbei um eine **Ausschlussfrist**. Unvollständige Bewerbungen können zurückgewiesen werden. Bei der Auswahl können nur solche Umstände berücksichtigt werden, die mit den Bewerbungsunterlagen schriftlich dargelegt und nachgewiesen worden sind. Aus organisatorischen Gründen sollen Bewerbungen nicht eher als 3 Monate vor Ablauf der Bewerbungsfrist eingereicht werden.

Derzeit bestehen **keine Wartezeiten** für einen Ausbildungsplatz.

Bewerbungskosten können nicht erstattet werden. Ebenso können im Falle der Rücknahme der Bewerbung die **Bewerbungsunterlagen** nur zurückgesandt werden, wenn zu gegebener Zeit ein adressierter und ausreichend frankierter A 4-Rückumschlag vorgelegt wird. Andernfalls werden die Unterlagen zwei Monate nach dem jeweiligen Einstellungstermin vernichtet.

Die Ausbildung erfolgt im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis. Zuständig für alle die Ausbildung leitenden Entscheidungen ist der Präsident des Oberlandesgerichts.

Die Ausbildung wird in den Landgerichtsbezirken Dessau-Roßlau, Halle, Magdeburg sowie Stendal durchgeführt. **Zuweisungswünsche** werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Ein Anspruch, einem bestimmten Ausbildungsort zugewiesen zu werden, besteht nicht. Mindestens die Hälfte des zweijährigen Vorbereitungsdienstes muss in Sachsen-Anhalt abgeleistet werden.

Wegen weiterer Einzelheiten verweise ich auf die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Juristen vom 2. Oktober 2003 (GVBl. LSA S. 245) in der Fassung der Berichtigung vom 4. Dezember 2003 (GVBl. LSA S. 349), geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2006 (GVBl. LSA S. 70), durch Gesetz vom 15. Dezember 2009 (GVBl. LSA S. 648) und durch Verordnung vom 12. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 263) sowie die Verordnung über die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst vom 20.07.1994 (GVBl. LSA S. 900), geändert durch vom 1. Oktober 2003 (GVBl. LSA S. 244), das Gesetz über die Juristenausbildung im Land Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 2003 (GVBl. LSA S. 167) sowie die Verordnung über Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendare vom 16. Dezember 2009 (GVBl. LSA Nr. 24/2009), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. Dezember 2019 (GVBl. LSA Nr. 32/2019).

Es wird darauf hingewiesen, dass mit der Begründung des Ausbildungsverhältnisses im Juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt eine Pflichtversicherung in einer gesetzlichen Krankenkasse erforderlich wird.

Für **Rückfragen** stehen Frau Vater (Tel.-Nr. 03445/28 21 19) und Frau Hofmann (Tel.-Nr. 03445/28 21 04) bei dem Oberlandesgericht Naumburg zur Verfügung. Das Landesjustizprüfungsamt erteilt zur Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst **keine** Auskünfte. Eine Übersicht über den Ausbildungsgang sowie die erforderlichen Antragsformulare finden Sie unter <https://olg.sachsen-anhalt.de/themen/ausbildung/referendare/>.

Informationen nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung finden Sie unter nachstehenden Hinweisen zum Datenschutz bzw. unter <https://olg.sachsen-anhalt.de/oberlandesgericht>.

Stand: März 2022

Absender

Datum

Herrn Präsidenten
des Oberlandesgerichts Naumburg
Domplatz 10

06618 Naumburg

Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst

Ich beantrage die Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst zum _____

Name, Vorname/n _____

Geburtsname _____

Geburtsdatum und -ort _____

Staatsangehörigkeit _____

Vollständige Wohnanschrift _____

Tel.-Nr. _____

Mobilfunknummer _____

E-mail Adresse _____

Familienstand _____ eigener Hausstand (ja/nein) _____

Anzahl der Kinder _____, geboren am: _____

Angaben von Bewerbern/innen mit Kindern:

- Ich bin alleinerziehend.
- Der andere Elternteil leistet (ebenfalls) Kindesunterhalt.
- Mein/e Kind/er lebt/leben mit mir in einem gemeinsamen Hausstand.

Ich habe in der Zeit vom _____ bis _____ (___ Monate)

- Wehrdienst
- Zivildienst
- ein freiwilliges soziales Jahr
- Dienst als Entwicklungshelfer

abgeleistet (Dienstzeitbescheinigung ist beizufügen).

Studium vom _____ bis _____ Uni _____
vom _____ bis _____ Uni _____
vom _____ bis _____ Uni _____

Erste juristische Staatsprüfung abgelegt am _____

Ergebnis _____

bei der Universität/des Justizprüfungsamtes (genaue Anschrift):

Prüfungsaktenzeichen _____

Ich habe mich bereits ____ -mal erfolglos um die Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt bemüht, und zwar zum:

Ich habe den juristischen Vorbereitungsdienst

- in keinem anderen Bundesland teilweise oder vollständig abgeleistet.
- bereits in der Zeit vom _____ teilweise/vollständig abgeleistet.
Die Adresse der Einstellungsbehörde lautet:

Ich bewerbe mich im Land Sachsen-Anhalt um die Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst aus folgenden Gründen:

- Mein Wohnort befindet sich in Sachsen-Anhalt.
- Mein familiäres Umfeld befindet sich in Sachsen-Anhalt.

Während des ersten Ausbildungsabschnitts (Zivilrechtsstation) würde ich gern dem

Erstwunsch

Zweitwunsch

Drittwunsch

- Landgerichtsbezirk Dessau-Roßlau
- Landgerichtsbezirk Halle
- Landgerichtsbezirk Magdeburg
- Landgerichtsbezirk Stendal

zur Ausbildung zugewiesen werden, weil _____

Meiner Bewerbung füge ich folgende Unterlagen bei (Zutreffendes ankreuzen):

- einen eigenhändig unterschriebenen Lebenslauf

- ein Passbild (auf der Rückseite mit Namen und Anschrift versehen)
- bei ausländischen Staatsangehörigen: eine gültige Aufenthaltsbescheinigung, die sich über die gesamte Zeit des Vorbereitungsdienstes erstreckt (bei deutschen Staatsbürgern und Staatsangehörigen von EU-Staaten nicht erforderlich)
- einfache Ablichtung meiner Geburtsurkunde bzw. Abstammungsurkunde
- einfache Ablichtungen der Geburtsurkunden meiner Kinder
- einfache Ablichtung der Ehe / Heiratsurkunde
- einfache Ablichtung des Zeugnisses über das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung
- Nachweis der Exmatrikulation aus dem rechtswissenschaftlichen Studiengang

eine beglaubigte Ablichtung

- des Auszuges aus dem Familienbuch (erforderlich bei verheirateten Bewerbern, die dem Ehenamen ihren Geburtsnamen voranstellen)
- Dienstzeitbescheinigung

Das Behördenführungszeugnis (Belegart **O**)

- habe ich beantragt
- werde ich unverzüglich beantragen.

Fehlende Unterlagen reiche ich umgehend nach.

Ich bestätige hiermit die Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, dass die Einstellung zu widerrufen ist, wenn während des Vorbereitungsdienstes ein Umstand bekannt wird, der die Versagung der Einstellung rechtfertigen würde.

Ort, Datum

Unterschrift (Vor- und Zuname)

Erklärung zum Gesundheitszustand

(Bitte genau ausfüllen; Unzutreffendes streichen, Zutreffendes ankreuzen):

Mein Gesundheitszustand ist so beschaffen, dass ich ohne Bedenken in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden kann. Ich leide nicht an einer Krankheit, die die Gesundheit anderer ernstlich gefährdet und / oder die ordnungsgemäße Ausbildung einschließlich der zweiten juristischen Staatsprüfung beeinträchtigen könnte.

Ich habe folgende chronische Gesundheitsstörungen oder gesundheitliche Behinderungen, die eine entsprechende Rücksichtnahme oder Hilfe am Ausbildungsplatz erfordern:

Ich bin schwerbehindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes. Die Minderung meiner Erwerbsfähigkeit beträgt _____ %.

_____, den _____
Ort Datum

Unterschrift

Erklärungen

(Bitte genau ausfüllen; Unzutreffendes streichen, Zutreffendes ankreuzen):

1. Ich besitze die _____ Staatsangehörigkeit.
2. Ich habe keine Schulden.
- Ich habe folgende Schulden (Art und Höhe – auch evtl. BaföG-Schulden, voraussichtliche Tilgung):
- _____
- _____

- 3.1 Ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft ist gegen mich

- nicht anhängig.
- anhängig wegen _____
- bei _____ Az.: _____

Mit der Einsichtnahme in die gerichtlichen Strafverfahrensakten / Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft erkläre ich mich

- einverstanden nicht einverstanden

- 3.2 Ein Strafverfahren, das nicht unter die Regelung des § 51 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz fällt, ist gegen mich

- nicht anhängig gewesen.
- anhängig gewesen wegen _____
- bei _____ Az.: _____

Mit der Einsichtnahme in die Strafverfahrensakten erkläre ich mich

- einverstanden nicht einverstanden

Ich bestätige hiermit die Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, dass die Einstellung in den öffentlichen Dienst zurückgenommen werden kann, wenn sich nachträglich eine unrichtige oder unvollständige Beantwortung der Fragen herausstellt.

Ort, Datum

Unterschrift (Vor- und Zuname)

Datenschutzhinweise zum Bewerbungs- und Zulassungsverfahren für eine Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt

1. Verantwortlicher, Datenschutzbeauftragter und Aufsichtsbehörde

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist das Oberlandesgericht Naumburg. Innerorganisatorisch verantwortlich für die Datenerhebung im Bewerbungsverfahren ist das Referat II. Die Kontaktdaten für das Oberlandesgericht Naumburg lauten:

Präsident des Oberlandesgerichts
Oberlandesgericht Naumburg
Domplatz 10
06618 Naumburg
Telefon 03445 280
Telefax 03445 282000
E-Mail olg@justiz.sachsen-anhalt.de

Der benannte behördliche Datenschutzbeauftragte ist Herr Richter am Oberlandesgericht Dr. Axel Fichtner, Oberlandesgericht Naumburg, Domplatz 10, 06618 Naumburg, Telefon 03445 280, E-Mail olg@justiz.sachsen-anhalt.de.

Zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Leiterstraße 9, 39104 Magdeburg, Telefon 0391 81803-0, E-Mail poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de.

2. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung, Art der Daten

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient der Durchführung des Bewerbungsverfahrens für eine Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt. Rechtsgrundlagen sind die Verordnung über die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst vom 20. Juli 1994 (GVBl. LSA S. 900), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 28. Februar 2002 (GVBl. LSA S. 130,160) und durch Verordnung vom 1. Oktober 2003 (GVBl. LSA S. 244), das Gesetz über die Juristenausbildung im Land Sachsen-Anhalt- JAG LSA – vom 16. Juli 2003 (GVBl. LSA S. 167) sowie die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPrVO) vom 2. Oktober 2003 (GVBl. LSA S. 245) in der Fassung der Berichtigung vom 4. Dezember 2003 (GVBl. LSA S. 349), geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2006 (GVBl. LSA S. 70), durch Gesetz vom 15. Dezember 2009 (GVBl. LSA S. 648) und durch Verordnung vom 12. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 263).

Bei einer Bewerbung für eine Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst, die mit dem vorgehenden Antragsformular auf schriftlichem Wege per Post einzureichen ist, werden die nachfolgend aufgeführten Daten elektronisch erfasst und gespeichert:

- a) Personendaten (Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstand, Anzahl der Kinder)
- b) Kommunikationsdaten (Eingang der Bewerbung, Aktenzeichen, Telefonnummer, Mobilfunknummer, E-Mail-Adresse)
- c) Behinderung, Gleichstellung mit behinderten Menschen
- d) Daten zur Ausbildung (Ort des rechtswissenschaftlichen Studiums, Datum, Ergebnis und Prädikat der ersten juristischen Prüfung / Staatsprüfung)
- e) Wünsche zum Ausbildungsort
- f) sonstige vorgetragene Sachverhalte, die den Ausbildungsort beeinflussen

3. Empfänger von Daten

Im Rahmen des Bewerbungs- und Zulassungsverfahrens werden Ihre Daten (Name, Vorname, Wohnanschrift, Geburtsdatum) dem Örtlichen Personalrat bei dem Oberlandesgericht Naumburg zur Ausübung seines Mitbestimmungsrechts gemäß § 66 Ziff. 1 PersVG LSA i.V.m. § 34 Abs. 3 JAPrVO sowie dem Landesjustizprüfungsamt des Landes Sachsen-Anhalt übersandt.

Bei Begründung eines öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses werden Ihre Daten (Name, Vorname, Wohnanschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse) den an der Ausbildung beteiligten Justiz- und Verwaltungsbehörden sowie anderen Ausbildern am Arbeitsplatz zum Zwecke der Organisation der Ausbildung übermittelt. Ebenso werden Daten an das Finanzamt Dessau, Bezugsstelle Dessau – Außenstelle Magdeburg, zum Zwecke der Zahlbarmachung einer Unterhaltsbeihilfe weitergeleitet.

4. Dauer der Datenspeicherung

Bei Begründung eines öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses mit dem Land Sachsen-Anhalt durch Annahme des Ausbildungsvertrages richtet sich die Dauer der Speicherung und Aufbewahrung von personenbezogenen Daten nach den für das Personalaktenrecht geltenden Vorschriften (Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz im Land Sachsen-Anhalt sowie der hierzu erlassenen Aufbewahrungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung, § 90 LBG LSA i.V.m § 34 Abs. 3 JAPrVO LSA).

Personenbezogene Daten von Bewerbern, die kein Ausbildungsverhältnis mit dem Land Sachsen-Anhalt begründen, werden grundsätzlich zwei Monate nach dem Einstellungstermin gelöscht. Bewerbungsunterlagen werden auf Antrag zurückgesendet, anderenfalls nach zwei Monaten vernichtet.

5. Rechte des Bewerbers

Wenn im jeweiligen Einzelfall die Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Verordnung (EU) 2016/679 (EU Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) folgende Rechte:

- Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)

6. Allgemeiner Hinweis

Die Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten durch Nutzung des Rechtes auf Widerspruch, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der Daten, durch Nichteinwilligung in die Verarbeitung der Daten oder durch Widerruf einer erteilten Einwilligung führt zum Ausschluss aus dem Bewerbungs – bzw. Zulassungsverfahren.

Datum, Unterschrift